

Resolutionsantrag

der Abgeordneten **Königsberger, Waldhäusl, Huber** und **Landbauer**

zur Gruppe 1 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2018,
Ltg. 1595/V-5-2017

betreffend: **Minuszuwanderung statt Asylmissbrauch**

Die Ausgaben für die unkontrollierte Massenzuwanderung, verursacht unter Verantwortung der damaligen Innenministerin Mikl-Leitner, erbringen in den Budgetvoranschlägen Defizite, welche nunmehr ein nicht mehr finanzierbares Ausmaß angenommen haben.

So schlagen sich alleine in NÖ die Kosten in den Jahren 2016 und 2017 für Flüchtlingshilfe, Asylwesen und Integration mit rd. 300 Millionen Euro zu Buche. Das Budget des Bundes sieht alleine für 2017 Ausgaben für das Flüchtlingswesen in der Höhe von über 2 Milliarden !!! Euro vor. In einem internen Bericht hat der Fiskalrat errechnet, dass (lt. derzeitigem Stand) diese Aufnahme von Flüchtlingen die Staatsschulden bis 2060 um 23 Milliarden !!! Euro erhöhen wird.

Diese Politik der ÖVP/SPÖ Zuwanderungsparteien macht die Massenzuwanderer zu Gewinnern – unsere Landsleute bis hin zu den Ungeborenen zu Verlierern. Auf dem Rücken der Landsleute wird massiv eingespart, begonnen von den familienpolitischen Maßnahmen, den Senioren, der Wirtschaft bis hin zu unseren Landwirten.

Eine Obergrenze, als auch die Halbierung dieser, haben sich als wirkungslos erwiesen, da fast alle abgelehnten Asylanten weiter in Österreich bleiben. Um diesen nicht mehr finanzierbaren Asyl- und Sozialmissbrauch, als auch Terrorbedrohung, massenhafte sexuelle Übergriffe sowie die dadurch entstehende Arbeitsmarktproblematik abzustellen, ist ein sofortiger Zuwanderungsstopp erforderlich. Schlussendlich gilt es eine Minuszuwanderung durch die sofortige Abschiebung von Illegalen, Asylmissbrauchern und kriminellen Zuwanderern sicherzustellen. Außenminister Kurz ist hier aufgefordert, statt Ankündigungen endlich raschest entsprechende Abkommen mit deren Herkunftsländern abzuschließen, damit die

bereits dazu bestehenden Gesetze auch vollzogen werden können. Es ist weiter unabdingbar, dazu neue Gesetzesmaterien zur Sicherung der sofortigen Abschiebung von kriminellen Ausländern und Illegalen im Parlament zu verabschieden.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1) Der NÖ Landtag spricht sich im Sinne der Antragsbegründung für eine Minuszuwanderung aus.
- 2) Die NÖ Landesregierung wird beauftragt im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung alle dazu notwendigen Schritte einzufordern.“